

Trumps „Friedensplan“: Die Farce, der Betrug und die Wut

Marwan-Bischara, AlJazeera.com, 29.01.20

Die Arroganz der USA gegenüber den Palästinensern wird nach hinten losgehen, und zwar in großem Stil.

Die Trump-Administration hat endlich den Vorhang für den letzten Akt ihrer Nahost-Diplomatie gelüftet, indem sie den lang erwarteten, ähm, „Friedensplan“ in einer surrealistischen Feier im Weißen Haus enthüllte.

Ich gebe von vornherein zu, dass ich angesichts der Absurdität der Trump-Politik der vergangenen drei Jahre gegenüber Israel und Palästina nicht mit einem ernsten Gesicht darüber schreiben kann.

Ihn als „Friedensplan“ zu bezeichnen, bedeutet, dem unrühmlichen „Friedensprozess“ und seinen vielen gescheiterten „Friedensplänen“ Unrecht zu tun. Es ist so viel schlimmer, dass ein besserer Begriff dafür ein „Angriff auf den Frieden“ wäre. Alles an diesem Plan ist eine Farce.

Sein pompöser Name, der „Deal des Jahrhunderts“, sein untauglicher Verfasser, Jared Kushner, ein fanatischer zionistischer Unterstützer illegaler israelischer Siedlungen auf palästinensischem Land, seine Prämisse, „wenn Demütigung nicht funktioniert, wird noch mehr Demütigung folgen“; seine bizarre Ausgestaltung als Fest zwischen der amerikanischen und der israelischen Rechten, und seine absurde Substanz, die die Opfer bestraft und die Aggressoren belohnt.

Es ist so ungeheuerlich, dass selbst führende amerikanische zionistische Vertreter, die lange Zeit hinter der bedingungslosen Unterstützung für Israel standen, sich über Trumps „katastrophalen“ Plan beunruhigt und besorgt zeigen.

In den drei Jahrzehnten des von den Amerikanern geführten „Friedensprozesses“ haben die aufeinanderfolgenden Regierungen zumindest so getan, als ob sie sich mit der palästinensischen Seite befassen, sie konsultieren oder ihr zuhören würden, selbst wenn sie Israels Gebot befolgten. Aber seit der Eroberung des Weißen Hauses hat die Trump-Administration auf Netanjahus Rat hin ohne Scham die Palästinenser dauerhaft ihrer Teilnahme an den Verhandlungen beraubt und ihnen ihr Land, ihre Freiheit und Würde genommen.

Und heute packt die Trump-Administration in Komplizenschaft mit der Regierung Netanjahu die Grundursachen des langwierigen Konflikts in Palästina an, verpackt das Ganze neu und präsentiert das als eine dauerhafte Lösung.

Das Theater des Absurden

Der Teufel steckt nicht im Detail, sondern in den Schlagzeilen der Initiative von Trump. Um also das Problem der illegalen israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu lösen, will Trump, dass sie legalisiert und als Teil Israels anerkannt werden.

Um das Problem der illegalen Annexion des besetzten Jerusalem durch Israel zu lösen, will Trump, dass es allein als Hauptstadt Israels anerkannt wird.

Um das Problem der palästinensischen Flüchtlinge und ihres unveräußerlichen Rechts auf Rückkehr und Entschädigung zu lösen, will Trump ihre Rückkehr verhindern.

Um das Problem der gewalttätigen, repressiven und unmenschlichen israelischen Kontrolle über die Palästinenser zu beheben, möchte Trump, dass sie auf unbestimmte Zeit verlängert wird. **Selbst wenn die Palästinenser alle neuen Bedingungen erfüllen, die ihnen auferlegt wurden, wären sie immer noch der Gnade der israelischen Sicherheitskräfte ausgeliefert.**

Der Trump-Plan tritt die Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen mit Füßen, die von Israel die Rückkehr zu seinen Grenzen von 1967 (oder zu deren annähernder Ausdehnung, gemäß früherer US-Initiativen) verlangt, und zieht die Grenzen neu, um sie an die israelischen Siedlungen anzupassen und ihre Kontrolle zu erleichtern.

Anstatt das israelische Apartheidsystem in Palästina zu beenden, möchte Trump es unter einem anderen Namen weiterführen, zumindest bis sein Versprechen für einen provisorischen palästinensischen „Staat“ erfüllt ist, der keine Souveränität oder Unabhängigkeit haben wird.

Im Wesentlichen stellt sich Trump einen halben palästinensischen Staat auf der Hälfte des Westjordanlandes vor, aber erst nachdem die Palästinenser den Terrorismus bekämpfen und Israel als einen jüdischen Staat anerkennen, der sich über etwa 90 Prozent des historischen Palästina erstreckt.

Trumps Umarmung der Apartheid im heiligen Land als pragmatische, ja unverzichtbare Voraussetzung für „Frieden“ und Stabilität fügt den Palästinensern zur Verletzung noch eine Beleidigung hinzu.

Und damit wir nicht vergessen, hat die Trump-Administration bereits das Büro der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Washington geschlossen, die Hilfe für die Palästinensische Autonomiebehörde ausgesetzt, die US-Botschaft in Tel Aviv nach Jerusalem verlegt und die Anerkennung der Flüchtlingsfrage durch die USA aufgehoben, indem sie die gesamte Finanzierung der UNRWA, des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, ausgesetzt hat.

Tatsächlich hat, wie ein prominenter ehemaliger US-Diplomat bemerkte, noch nie ein amerikanischer Präsident einem ausländischen Staatschef so viel, so schnell und für so eine geringfügige Gegenleistung zugestanden, bevor der selbsternannte „great dealmaker“ auf der Bühne erschien.

Und so geht die Farce weiter: die eklatanten Lügen, die offensichtliche Komplizenschaft, der offensive Betrug - und die katastrophalen Folgen.

Es ist so ungeheuerlich, dass selbst führende amerikanische zionistische Vertreter und Diplomaten, die lange Zeit hinter der bedingungslosen Unterstützung für Israel standen, sich über Trumps „katastrophalen“ Plan beunruhigt und besorgt zeigen. **Er ist ebenso tragisch wie lächerlich. Aber er wird sich auch als gefährlich destabilisierend für die Region und das Ansehen Amerikas in der Region erweisen.**

Arroganz vor dem Untergang

Die Trump-Administration setzt auf die verletzlicheren oder zynischeren arabischen Regime, um ihren Plan trotz seiner unerträglichen Mängel zu unterstützen und zu finanzieren. Deshalb orientiert sich der Plan zumindest strukturell an der *Roadmap* für den Frieden der Bush-Regierung von 2003, die nach der Invasion und Besetzung des Irak durch die USA konzipiert wurde, um die israelische Überlegenheit und die arabische Unterstützung zu sichern.

Wie Trump und Netanjahu stellte auch Präsident George W. Bush in Komplizenschaft mit dem damaligen israelischen Premierminister Ariel Sharon einen palästinensischen Pseudostaat in Form einer selbstverwalteten Autonomie vor, irgendwo am Ende eines langen Weges palästinensischer Zugeständnisse und Demütigungen.

Es war die Art von Köder, die für die arabischen und europäischen Führer notwendig war, um ihre Unterstützung - oder zumindest die Nicht-Ablehnung des Plans gegenüber ihrem Volk zu rechtfertigen. Und es war die Art von Trick, die es Sharon ermöglichte, trotz des Widerstands seiner fanatischen Siedler Mäßigung und Zugeständnisse zu fordern. Bush hoffte, dass Palästinenserführer Jassir Arafat vor der endgültigen Umsetzung der letzten Phasen verschwinden und durch den „gemäßigten“ Mahmud Abbas ersetzt werden würde. Heute hofft Trump, dass der 84-jährige Abbas, der nun als Obstruktionspolitiker gilt, ebenfalls verschwindet und durch jemanden ersetzt wird, der dem US-Diktat besser gehorcht.

Unterdessen hat sich Trump der Illusion hingegeben, dass die USA, wenn sie die Palästinenser schon nicht ganz abschreiben, sie zumindest mit arabischem Geld bezahlen könnten. Kushners Bahrain-Gipfel im vergangenen Jahr sollte in seinem „Deal of the Century“ den Weg für diese Art von Investitionen der Golfstaaten ebnen. Milliarden von Dollar mögen der Trump-Regierung etwas Zeit und ein gewisses Druckmittel verschaffen, aber das wird nur von kurzer Dauer sein, wie solche Bestechungen in der Vergangenheit bewiesen haben.

Früher oder später wird der Trump-Plan seinen Weg an den gleichen Ort finden, an dem der Bush-Plan endete, im Mülleimer der Geschichte.

Unterwürfige arabische Diktatoren werden schließlich fallen, aber die Menschen werden durchhalten, und sie werden der amerikanischen und israelischen Arroganz gegenüber nicht so nachsichtig sein. Ihre aufgestaute Wut wird sich eher früher als später zeigen.

Bevor Präsident Trump es sich also in seiner neuen Salbung als Messias zu gemütlich macht, sollte er sich mit einer grundlegenden biblischen Weisheit vertraut machen: Arroganz führt zum Untergang.

Marwan Bishara ist Palästinenser aus den Gebieten von 1948 und Chef-Analytiker bei Al Jazeera English.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.aljazeera.com/indepth/opinion/trump-peace-plan-farce-fraud-fury-200128164004266.html>

Was man über Trumps Annektionsplan wissen muss

Afro-Middle East Centre, 29.01.20

Mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu an seiner Seite, enthüllte US-Präsident Donald Trump am Dienstag, 28. Januar 2020, während einer Medienkonferenz in Washington seinen „Nahost-Friedensplan“.



Obwohl sich Trumps Plan auf eine „realistische Zwei-Staaten-Lösung“ und die Schaffung eines palästinensischen Staates bezieht, beschreibt er diese Einheit als eine Reihe von einzelnen Enklaven, die durch Tunnel und Brücken verbunden sind und nur etwa neun Prozent des britischen Mandats Palästina im Jahr 1947 ausmachen.

Das ganze Dokument mit dem Titel „Frieden zu Wohlstand“, A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People“ [Eine Vision zur Verbesserung der Lebensbedingungen des palästinensischen und israelischen Volkes] besteht aus 181 Seiten, einschließlich eines politischen Plans, „The Trump Economic Plan“ [Der Trump Wirtschaftsplan] (den Washington bereits im Juli letzten Jahres während einer Konferenz in Bahrain vorgestellt hatte) und Abschnitten über Sicherheit, Grenzübergänge, Wasser, Flüchtlinge und Gaza.

Der grüne Flickentepich soll der Staat sein

Der Wirtschaftsplan verspricht die Einrichtung eines 50-Milliarden-Dollar-Fonds, der zur Wiederbelebung der palästinensischen Wirtschaft beitragen soll, wobei Jordanien, Ägypten und Israel ebenfalls Anteile der vorgeschlagenen Finanzhilfe erhalten sollen. Trump hofft, dieses Geld von arabischen Staaten aufzubringen, bisher wurden jedoch nur wenige Mittel zugesagt, um den Plan von Bahrain in die Tat umzusetzen.

Trump's Ankündigung in Washington gilt als die politische Komponente dessen, was er und seine Berater als den „Deal des Jahrhunderts“ bezeichnet hatten. Der Plan schafft einen fiktiven palästinensischen Staat, der entmilitarisiert werden soll, keinerlei Kontrolle über seine eigene Sicherheit, Grenzen, Gewässer und Außenpolitik haben soll, und überträgt das meiste davon an Israel. Ein solcher „Staat“ hätte in der Tat weniger Macht und Kontrolle als die Bantustans, in Apartheid-

Südafrika in den 1970er Jahren. Tatsächlich hatten Lucas Mangope oder General Oupa Gqozo, die Führer der Bophutatswana bzw. Ciskei Bantustans, mehr Macht über die Gebiete, die sie vorgeblich kontrollierten, als die „Regierung“ von Trumps geplantem palästinensischen „Staat“ haben würde.

Ja zu den Siedlungen

Dem Plan zufolge werden die USA die jüdischen Siedlungen Israels in den besetzten Gebieten offiziell anerkennen. Alle Siedlungen, in denen rund 600 000 Siedler leben, sind völkerrechtswidrig. Das Dokument stellt auch eine Ermutigung für Israel dar, so viel palästinensisches Land zu beschlagnahmen, wie es will, bevor der Plan in Kraft tritt.

Dem Dokument zufolge „[muss Israel] keine Siedlungen räumen und wird die große Mehrheit der israelischen Siedlungen in zusammenhängendes israelisches Gebiet eingliedern. Die israelischen Enklaven, die sich innerhalb des zusammenhängenden palästinensischen Territoriums befinden, werden Teil des Staates Israel und mit diesem durch ein effektives Transportsystem verbunden sein“.

Kein palästinensischer Staat

Der Plan lobt Israel „für den Schutz der religiösen Stätten aller und die Aufrechterhaltung eines religiösen Status quo“ und ignoriert dabei völlig die Realität der Zerstörung und der anhaltenden Angriffe Israels auf christliche und muslimische religiöse Stätten in Jerusalem in den letzten sieben Jahrzehnten.

Obwohl sich Trumps Plan auf eine „realistische Zwei-Staaten-Lösung“ und die Schaffung eines palästinensischen Staates bezieht, beschreibt er diese Einheit als eine Reihe von einzelnen Enklaven, die durch Tunnel und Brücken verbunden sind und nur etwa neun Prozent des britischen Mandats Palästina im Jahr 1947 ausmachen. Außerdem legt sie „Beschränkungen bestimmter souveräner Befugnisse in den palästinensischen Gebieten“ fest, die der neuen Entität die Befugnisse, Rechte und Pflichten eines normalen Staates entziehen.

Der schlecht definierte palästinensische „Staat“ wird auch davon abhängig gemacht, dass die palästinensische Führung eine Reihe von Bedingungen erfüllt, darunter die Ablehnung des „Terrors“.

„Der Staat Israel, der Staat Palästina und die arabischen Länder werden zusammenarbeiten, um der Hisbollah, dem ISIS, der Hamas ... und allen anderen terroristischen Gruppen und Organisationen sowie anderen extremistischen Gruppen entgegenzutreten“, heißt es in dem Dokument. Natürlich bezieht sich „andere extremistische Gruppen“ nicht auf Netanjahus Likud-Partei oder die unzähligen bewaffneten, gewalttätigen rassistischen jüdischen Siedlergruppen, die täglich Palästinenser, ihr Vieh, ihre Farmen und andere Besitztümer angreifen.

Der „Staat“ darf keine militärischen oder paramilitärischen Kapazitäten besitzen und „hat nicht das Recht, mit einem Staat oder einer Organisation militärische, nachrichtendienstliche oder Sicherheitsvereinbarung-en zu treffen, die die Sicherheit des Staates Israel nachteilig beeinflussen, *was vom Staat Israel festgelegt wird*“.

Das Dokument enthält eine Liste von Kapazitäten, über die der palästinensische „Staat“ nicht verfügen darf, darunter Minen, Maschinengewehre und einen militärischen Nachrichtendienst. Und für den Fall, dass die Palästinenser eines dieser Verbote verletzen, wird sich Israel „das Recht auf Zerstörung jeglicher Einrichtung vorbehalten“. Außerdem behält sich Israel das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, um „sicherzustellen, dass der Staat Palästina entmilitarisiert ist und keine Bedrohung“ für Israel darstellt.

Ja zu Jerusalem als Hauptstadt – für Israel

Dem Plan bezeichnet Israel als „guten Bewahrer Jerusalems“, „im Gegensatz zu vielen früheren Mächten, die Jerusalem regiert und die heiligen Stätten anderer Glaubensrichtungen zerstört hatten“. Er lobt Israel auch „für den Schutz der religiösen Stätten aller und die Aufrechterhaltung eines religiösen Status quo“ und ignoriert dabei völlig die Realität der Zerstörung und der anhaltenden Angriffe Israels auf christliche und muslimische religiöse Stätten in den letzten sieben Jahrzehnten.

Jerusalem soll dem Plan zufolge die „ungeteilte“ Hauptstadt Israels werden, wie bereits am 6. Dezember 2017 von der Trump-Administration erklärt wurde. Er sieht jedoch vor, den Palästinensern eine begrenzte Souveränität über einige wenige Stadtviertel zu geben, die an die israelische Apartheidmauer angrenzen, die im besetzten Ostjerusalem illegal gebaut wird. Die Hauptstadt des Staates Palästina soll sich in dem Teil Ost-Jerusalems befinden, der sich in allen Gebieten östlich und nördlich der bestehenden Sicherheitsbarriere befindet, einschließlich Kafr Aqab, dem östlichen Teil von Shuafat und Abu Dis, heißt es in dem Dokument, in dem klargestellt wird, dass der palästinensische „Staat“ keine Kontrolle über irgendeinen Teil Jerusalems selbst haben wird, insbesondere nicht über die Altstadt, oder die wichtigen religiösen Stätten wie die Al-Aqsa-Moschee oder die Grabeskirche. In einem scheinbar großzügigen Zugeständnis schlägt der Plan vor, dass die identifizierten Viertel „Al Quds oder einen anderen vom Staat Palästina festgelegten Namen tragen könnten“.

Ja zu Gaza als Teil des palästinensischen Staates, wenn...

Auf den 181 Seiten des Dokuments findet sich kein einziger Hinweis auf die vierzehnjährige brutale Belagerung des Gazastreifens und die verschiedenen israelischen Militärangriffe auf das Gebiet in dieser Zeit. Es wird erklärt, dass die Bevölkerung von Gaza „zu lange unter der repressiven Herrschaft der Hamas gelitten hat“. Es ist irrelevant, dass die Hamas 2006 von den Palästinensern im Westjordanland und im Gaza-Streifen demokratisch gewählt wurde, aber mit zwei Millionen Palästinensern der israelischen Belagerung im verarmten Gaza-Streifen ausgesetzt war.

Obwohl die Palästinenser in Gaza „zu lange gelitten haben“, müsste der Gazastreifen, um in ein künftiges „Friedensabkommen“ einbezogen zu werden, entmilitarisiert werden und unter die Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde oder einer anderen Behörde stehen, die Israel anzuerkennen beschließt.

Nein zu Flüchtlingen

Wie erwartet, wiederholt der Plan Israels Ablehnung des völkerrechtlichen Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat und ihr Land. Es gibt kein Recht auf

Rückkehr oder Aufnahme eines palästinensischen Flüchtlings in den Staat Israel, heißt es darin. Was als „Flüchtlingsproblem“ bezeichnet wird, sollte von den „arabischen Brüdern“ Palästinas gelöst werden, die „die moralische Verantwortung haben, sie in ihre Länder zu integrieren, so wie die Juden in den Staat Israel integriert wurden“.

Selbst die mögliche „Aufnahme“ palästinensischer Flüchtlinge in den „Staat Palästina“ unterliegt Einschränkungen. Der Plan sieht die Bildung eines Komitees "von Israelis und Palästinensern" vor, um sicherzustellen, dass die "Rechte der palästinensischen Flüchtlinge auf Einwanderung in den Staat Palästina in Übereinstimmung mit den vereinbarten Sicherheitsvorkehrungen begrenzt werden".

Das Dokument fordert eine „gerechte, faire und realistische Lösung für die palästinensische Flüchtlingsfrage“, setzt sie dann aber mit „der jüdischen Flüchtlingsfrage“ gleich, wobei es sich auf Juden bezieht, die muslimische Länder verlassen haben, um sich in Israel niederzulassen, und fordert auch eine „gerechte, faire und realistische Lösung für die Fragen im Zusammenhang mit jüdischen Flüchtlingen“.

Ja zur Sicherheit – für Israel

Die Sicherheit Israels zieht sich wie ein roter Faden durch das Dokument, wobei eine Unterrubrik eindeutig „Das Primat der Sicherheit“ lautet. Israel wird in der Tat „die vorrangige Sicherheitsverantwortung für den Staat Palästina“ haben und für die „Sicherheit an allen internationalen Grenzübergängen in den Staat Palästina“ verantwortlich sein, was bedeutet, dass der neue Staat keine Kontrolle über seine Grenzen haben wird. Israel wird auch „weiterhin die Kontrolle über den Luftraum und das elektromagnetische Spektrum westlich des Jordans behalten“.

Sogar Aspekte der auswärtigen Beziehungen des palästinensischen „Staates“ werden dem Dokument zufolge in die Verantwortung Israels fallen. „Der Staat Palästina hat kein Recht, mit einem Staat oder einer Organisation militärische, nachrichtendienstliche oder sicherheitspolitische Vereinbarungen zu treffen, die sich nachteilig auf die Sicherheit des Staates Israel auswirken, wie vom Staat Israel festgelegt“, erklärt der Staat Israel.

Ja zu weiterer ethnischer Säuberung

Ein weiterer beunruhigender Abschnitt des Plans betrifft palästinensische Gemeinden innerhalb Israels, die in dem Gebiet leben, das als „Dreieck“ bezeichnet wird. Was diese Gemeinden betrifft - Kafr Qara, Ar'ara, Baha al-Gharbiyye, Umm al-Fahm, Qalansawe, Tayibe, Kafr Qasim, Tira, Kafr Bara und Jaljulia, wird in dem Dokument erwägt, "dass die Grenzen Israels so neu gezogen werden, dass die se Gemeinschaften Teil des Staates Palästina werden“.

Ziel ist es demnach, diese Gemeinschaften von etwa 350.000 Menschen politisch umzusiedeln, indem man ihnen die israelische Staatsbürgerschaft entzieht und sie in das palästinensischen Bantustan entsorgt. Der Plan schlägt tatsächlich einen weiteren Weg vor, um bei der ethnischen Säuberung Israels von seiner palästinensischen Bevölkerung behilflich zu sein.

Die Palästinenser haben den Trump-Plan scheinbar ausnahmslos abgelehnt. Eine Reihe palästinensischer politischer Gruppierungen hat am Tag vor der Enthüllung des Plans ihre

geschlossene Opposition gegen den Plan ausgedrückt. Dies ist angesichts der Vorgaben in dem Dokument keine Überraschung. **Die Realität ist jedoch, dass Trumps Plan in vielerlei Hinsicht nur versucht, den Status quo zu legitimieren. Vieles von dem, was das Dokument als zukünftige „Vision“ bezeichnet, ist bereits palästinensische Realität. Die Frage ist nun, wie palästinensische Gruppen ihren Widerstand verwirklichen werden, der nicht nur den Trump-Plan, sondern auch das israelische Besatzungs- und Annexionsprojekt als Ganzes konfrontiert.**

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.globalresearch.ca/what-you-need-know-about-trump-annexation-plan/5702267>

Trumps „Friedensplan“ ist eine Farce mit tödlichen Folgen

Presseerklärung der US-amerikanischen Jewish Voice for Peace vom 28.01.20

„Palästinensisches Land darf weder von Trump verschenkt noch von Netanjahu gestohlen werden“

(New York City, NY) 28. Januar 2020: Als jüngst Bekräftigung der einseitigen Unterstützung der Trump-Administration für die israelische Kontrolle und Annexion hat der Präsident heute zusammen mit evangelikalen Christen und extremistischen jüdischen israelischen Siedlern, aber ohne Palästinenser, einen sogenannten „Friedensplan“ veröffentlicht, der zum großen Teil von seinem Schwiegersohn ausgearbeitet wurde und von den Palästinensern bereits abgelehnt wurde.

In einer Zeit, in der sowohl Präsident Trump als auch der israelische Premierminister Netanjahu ihre politischen Kampagnen intensivieren und verschärfen, wird der verhängnisvolle Friedensplan wahrscheinlich keine Folgen haben, die über die Ermutigung der extremistischen israelischen Siedlerbewegung hinausgehen - und möglicherweise von ihren Schwierigkeiten bei den Wahlen ablenken. Im Wesentlichen ist der Plan, wie die Trump-Regierung selbst, unehrlich, unmenschlich und unwirksam.

Der 80-seitige groteske Plan schlägt vor, dass die israelischen Siedlungsblöcke im besetzten Westjordanland unter israelischer Kontrolle bleiben, dass Jerusalem die „ungeteilte“ Hauptstadt Israels ist und dass auch eine Art palästinensischer Staat geschaffen wird, wobei allerdings unklar ist, welches Maß an Souveränität dies mit sich bringen würde. Der Plan beinhaltet auch ein Paket mit wirtschaftlichen Anreizen, das im vergangenen Jahr auf der Konferenz von Bahrain vorgestellt wurde, mit einem wirtschaftlichen Zuckerbrot-und-Peitsche-Konzept, das die Wirklichkeit völlig ignoriert, in der die

größten Hindernisse für palästinensischen Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum die israelische Besetzung des Westjordanlandes und die israelische Militärbelagerung des Gazastreifens sind.

Unter Trump haben die Vereinigten Staaten ihre Position revidiert und widersprechen dem internationalen Recht in Bezug auf die Illegalität der israelischen Siedlungen, die Annexion der Golanhöhen und den Status von Jerusalem, während sie gleichzeitig massive Mengen an humanitärer Hilfe für die Palästinenser kürzen.

Rabbi Alissa Wise, amtierender Co-Exekutivdirektor der Jewish Voice for Peace, sagte:

„Dies ist in keiner Weise ein Friedensplan - es ist ein Apartheidplan. Es ist ein Ablenkungsmanöver von zwei Kriegshetzern, die ihren persönlichen Wahlkampf über jeden Anschein von Staatskunst stellen. Das internationale Recht, der globale Konsens und die jahrzehntelange US-Politik stimmen darin überein, dass palästinensisches Land weder von Trump verschenkt noch von Netanjahu gestohlen werden darf. Der einzige Weg zu einem dauerhaften Frieden für Israelis und Palästinenser führt über Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit für alle“.

Die Jüdische Stimme für den Frieden ist eine nationale, von der jüdischen Tradition inspirierte Basisorganisation, die sich für einen gerechten und dauerhaften Frieden gemäß den Prinzipien der Menschenrechte, der Gleichheit und des Völkerrechts für alle Menschen in Israel und Palästina einsetzt. JVP hat über 500.000 Online-Unterstützer, über 70 Chapter, einen Jugendflügel, einen Rabbinischen Rat, einen Künstlerrat, einen Akademischen Beirat sowie einen Beirat, der sich aus führenden US-Intellektuellen und Künstlern zusammensetzt.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://jewishvoiceforpeace.org/doa-peace-plan/>